



Polzeiverordnung

der Politischen Gemeinde Adlikon

vom 21. November 2017

systematische Rechts-Sammlung Nr. 30.01

Einleitung

Das neue Gemeindegesetz wurde vom Kantonsrat am 20. April 2015 beschlossen. Dieses Gesetz und die dazugehörige Verordnung werden auf den 1. Januar 2018 in Kraft gesetzt. Gleichzeitig mit der Inkraftsetzung des neuen Gemeindegesetzes wird das Polizeiorganisationsgesetz des Kantons Zürich angepasst.

Gemäss § 3 Abs. 2 des angepassten Polizeiorganisationsgesetzes ist der Gemeinderat für die Ortspolizei zuständig. Er hat für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung und für die Sicherheit von Personen und Eigentum gegen Schädigungen und Gefahren jeder Art zu sorgen. In Ausübung dieser Pflichten hat der Gemeinderat alle Vorkehrungen für die richtige Erfüllung der ortspolizeilichen Aufgaben auf allen Verwaltungsgebieten zu treffen. Als Instrument dient dem Gemeinderat eine Polizeiverordnung, welche zu diesem Zweck durch die Gemeindeversammlung zu erlassen ist. Diese Verordnung ergänzt die Gesetzgebung von Bund und Kanton. Die aktuelle Polizeiverordnung der Gemeinde Adlikon datiert vom 26. Januar 2000.

Die geltende Verordnung vermag den Anforderungen an eine zeitgemässe und praktikable Gemeindepolizeiverordnung in verschiedener Hinsicht nicht mehr zu genügen. Ein Neuerlass der Verordnung ist notwendig geworden, da in der Zwischenzeit verschiedene höherrangige Regelungen auf Stufe Bund und Kanton sich geändert haben oder neu in Kraft getreten sind. Auf Stufe Bund ist das die Umweltschutzgesetzgebung und auf Stufe Kanton das Polizeiorganisationsgesetz, das Gewaltschutzgesetz und das Straf- und Justizvollzugsgesetz und insbesondere das seit dem 1. Juli 2009 in Kraft stehende Polizeigesetz sowie das Gesetz über das Meldewesen und die Einwohnerregister (MERG) vom 11. Mai 2015.

Mit dem vorliegenden Revisionsantrag werden veraltete Bestimmungen aktualisiert und den heutigen Verhältnissen angepasst, überholte Normen werden gestrichen und Lücken geschlossen. Die kommunalen Regelungen werden mit der übergeordneten Gesetzgebung und Rechtsprechung in Einklang gebracht. Es gilt der Grundsatz, dass im Neuerlass der Polizeiverordnung nur noch das geregelt werden soll, was nicht anderweitig bereits geregelt ist.

Materiell sind nur wenige Änderungen gegenüber der heute gültigen Polizeiverordnung zu verzeichnen. Zu erwähnen sind insbesondere die Zulassung der Video-Überwachung im öffentlichen Raum sowie das Littering-Verbot (Verunreinigung des öffentlichen Raumes durch Abfälle und Schmierereien) sowie die Möglichkeit, eine Nachtparkierverordnung einzuführen.

Die neue Verordnung fordert zudem dazu auf, im persönlichen Handeln und Tun den gegenseitigen Respekt zu wahren und die Regeln des gemeinschaftlichen Lebens zu beachten. Die Freiheit des einzelnen hört dort auf, wo die Freiheit anderer eingeschränkt wird.

Nach Möglichkeit wurde bei Funktions- und Rollenbezeichnungen eine geschlechtsneutrale Form verwendet. Dort wo aus Gründen der Lesbarkeit nur die männliche Form verwendet wurde, beziehen sich die Bestimmungen auch auf Personen des weiblichen Geschlechts.

Die vorliegende Polizeiverordnung wurde dem Statthalter des Bezirkes Andelfingen mit Schreiben vom 11. Juli 2017 zur Kenntnis gebracht. Der Statthalter hat jedoch bis zur Drucklegung dieser Weisung keine Vernehmlassung dazu abgegeben.

Gemäss Art. 10 Ziffer 2 der Gemeindeordnung ist die Gemeindeversammlung für den Erlass und die Änderung der Polizeiverordnung zuständig.

Der Gemeinderat legt nun die neue Verordnung der Gemeindeversammlung vor, mit der Empfehlung dieser Vorlage zuzustimmen.

Der Gemeinderat wird bei Annahme der Vorlage das darauf basierende und im Entwurf vorliegende Reglement über das gemeinderechtliche Ordnungsbussenverfahren mit zugehöriger Bussenliste erlassen. Die Ordnungsbussenliste wurde dem Statthalter Andelfingen ebenfalls im Juli 2017 zur Prüfung und Genehmigung eingereicht. Das Ergebnis dieser Prüfung sowie die Genehmigung liegen noch nicht vor. Allfällige Änderungen bis zur Inkraftsetzung bleiben somit vorbehalten.

Der genaue Wortlaut der aktuellen Polizeiverordnung (dat. 26. Januar 2000) kann auf der Gemein-
dehomepage www.adlikon.ch heruntergeladen oder bei der Gemeindeverwaltung abgeholt wer-
den.

Rechtsgrundlagen

Die Gemeindeversammlung erlässt gestützt auf § 3 Abs. 2 des Polizeiorganisationsgesetzes vom
29. November 2004 und Artikel 10 Ziffer 2 der Gemeindeordnung der Politischen Gemeinde Adli-
kon vom 24. September 2006 folgende Polizeiverordnung:

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	I
Rechtsgrundlagen	II
Inhaltsverzeichnis	III
I. Allgemeine Bestimmungen	4
Art. 01 Gegenstand und Geltungsbereich	4
Art. 02 Zuständigkeit.....	4
Art. 03 Polizeiliche Anordnungen und Personenkontrolle	4
Art. 04 Hilfeleistung.....	4
II. Schutz von Personen sowie der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.....	4
Art. 05 Grundsatz.....	4
Art. 06 Sicherheit und Ordnung	4
Art. 07 Veranstaltungen auf Privatgrund	5
Art. 08 Schutzvorrichtungen	5
Art. 09 Rettungs- und Löscheinrichtungen	5
Art. 10 Schiessen.....	5
Art. 11 Tierhaltung	5
III. Schutz öffentlicher Sachen und des privaten Eigentums.....	5
Art. 12 Beeinträchtigung von öffentlichem und privatem Eigentum	5
Art. 13 Pflanzen	6
Art. 14 Benützung öffentlichen Grundes und der übrigen öffentlichen Sachen	6
Art. 15 Überwachung des öffentlichen Grundes.....	6
Art. 16 Anzeigen, Plakate, Transparente und dergleichen.....	7
Art. 17 Campieren und Nächtigen im Freien	7
Art. 18 Arbeiten an Fahrzeugen und Geräten	7
Art. 19 Feuern auf öffentlichem Grund	7
Art. 20 Schutz des Kulturlandes	7
IV. Immissionsschutz.....	7
Art. 21 Immissionen.....	7
Art. 22 Verunreinigung des öffentlichen Grundes	7
Art. 23 Abfallentsorgung	7
Art. 24 Feuern im Freien.....	8
V. Lärmschutz.....	8
Art. 25 Mittags-/Nachtruhe.....	8
Art. 26 Allgemeine Ruhezeiten	8
Art. 27 Lautsprecher, Verstärkeranlagen.....	8
Art. 28 Motorsport, Motorspielzeuge, Drohnen	8
Art. 29 Veranstaltungen im Freien.....	9
Art. 30 Feuerwerk, Himmelslaternen, künstliche Lichtquellen.....	9
Art. 31 Landwirtschaft.....	9
VI. Wirtschafts- und Gewerbebehörde	9
Art. 32 Schliessungsstunde	9
Art. 33 Jugendschutz.....	9
Art. 34 Sammlungen und Betteln.....	9
VII. Einwohnerkontrolle und Meldewesen	10
Art. 35 Meldewesen.....	10
VIII. Ersatzvornahme, Strafbestimmungen und Depositen	10
Art. 36 Verwaltungszwang, Ersatzvornahme, Strafe.....	10
Art. 37 Strafbestimmungen und Depositen	10
Art. 38 Bewilligungen.....	10
Art. 39 Gebühren und Kosten.....	11
IX. Schlussbestimmungen	11
Art. 40 Aufhebung bisherigen Rechts.....	11
Art. 41 Inkrafttreten	11

I. Allgemeine Bestimmungen

Art. 01 Gegenstand und Geltungsbereich

¹ Diese Verordnung regelt die kommunalpolizeilichen Aufgaben sowie den Vollzug des übergeordneten Polizeirechts in der Gemeinde Adlikon.

² Sie bezweckt die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung sowie den Schutz von Personen, Tieren, Umwelt und Eigentum gegen Schädigungen und Gefahren jeder Art.

³ Sie ergänzt die Gesetzgebung von Bund und Kanton.

Art. 02 Zuständigkeit

¹ Der Gemeinderat vollzieht die Verordnung. Er kann Ausführungsbestimmungen erlassen. Dazu gehört insbesondere das Reglement über das gemeinderechtliche Ordnungsbussenverfahren mit zugehöriger Bussenliste.

² Der Gemeinderat kann die Ausübung der polizeilichen Aufgaben an andere Organe delegieren.

³ Die vom Gemeinderat betrauten Organe sorgen für die Durchsetzung dieser Verordnung und die Vollstreckung der von ihnen getroffenen Anordnungen.

Art. 03 Polizeiliche Anordnungen und Personenkontrolle

¹ Jede Person ist verpflichtet, Anordnungen von Polizeiorganen, die innerhalb ihrer Befugnisse liegen, zu befolgen.

² Für Personenkontrollen gelten die Bestimmungen des Polizeigesetzes.

³ Es ist verboten, sich in dienstliche Funktionen der Polizeiorgane oder von Rettungsorganisationen einzumischen oder deren Tätigkeit zu stören.

Art. 04 Hilfeleistung

Jede Person ist verpflichtet, den Polizeiorganen auf Verlangen und im Rahmen des Zumutbaren bei der Ausübung ihrer dienstlichen Pflichten Hilfe zu leisten.

II. Schutz von Personen sowie der öffentlichen Sicherheit und Ordnung

Art. 05 Grundsatz

¹ Gefahrenquellen für Personen, Tiere, Umwelt und Sachen sind zu verhindern oder zu beseitigen.

² Wer eine Gefahrenquelle schafft oder in seinem Verantwortungsbereich entstehen lässt, hat diejenigen Vorkehrungen zu treffen, die geeignet und notwendig sind, um Personen, Tiere, Umwelt und Sachen vor Schädigungen zu bewahren.

Art. 06 Sicherheit und Ordnung

¹ Es ist verboten, die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu stören oder die Sicherheit von Personen, Tieren, Umwelt und Eigentum zu gefährden.

² Insbesondere ist verboten:

- a) Personen oder Tiere zu belästigen, zu erschrecken oder zu gefährden;
- b) Alarmanlagen, Notrufe oder Notsignale zu missbrauchen;
- c) zu randalieren oder sich anderweitig unangemessen oder grob störend zu benehmen;

- d) Öffentliche Ärgernis zu erregen oder gegen Sitte und Anstand zu verstossen;
- e) An einer bewilligungspflichtigen Veranstaltung teilzunehmen, für deren Durchführung keine Bewilligung vorliegt.

Art. 07 Veranstaltungen auf Privatgrund

Veranstaltungen auf Privatgrund (im Freien oder in Räumen) können verboten werden, wenn eine erhebliche Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu erwarten ist.

Art. 08 Schutzvorrichtungen

¹ Baustellen, Bodenöffnungen wie Gräben, Jauchegruben etc., Silos und Leitungen sind so zu sichern, zu signalisieren und allenfalls zu beleuchten, dass keine Unfallgefahr besteht.

² Das unberechtigte Abdecken von Bodenöffnungen sowie das Lockern, Verändern und Entfernen von Hilfs- und Schutzvorrichtungen wie Dolendeckel, Schutzpfosten etc. ist verboten.

Art. 09 Rettungs- und Löscheinrichtungen

¹ Das Benützen öffentlich zugänglicher Rettungs- und Löschgeräte ist nur im Notfall gestattet.

² Wer solche Geräte benützt hat, muss dies zwecks Prüfung der Einsatzbereitschaft unverzüglich der Polizei melden.

³ Der Zugang zu Rettungs- und Löscheinrichtungen ist stets freizuhalten.

Art. 10 Schiessen

¹ Hantieren und Schiessen mit Schusswaffen jeglicher Art, insbesondere auch mit Soft-Guns, Paint-Ball-Waffen und waffenähnlichen Attrappen etc. auf öffentlichem und auf öffentlich zugänglichem Grund ist verboten.

² Schiessübungen mit Pulvermunition, mit Armbrust und Sportpfeilbogen dürfen nur auf entsprechend eingerichteten Anlagen durchgeführt werden.

³ Luft- und Gasdruckwaffen dürfen nur auf Privatgrund und nur wenn eine Gefährdung oder Belästigung Dritter ausgeschlossen ist, verwendet werden.

⁴ Vorbehalten bleibt die Ausübung der Jagd.

Art. 11 Tierhaltung

¹ Tiere sind so zu halten und zu beaufsichtigen, dass niemand belästigt wird und keine Personen, Tiere oder Sachen gefährdet werden oder zu Schaden kommen.

² Halter oder Betreuer von Tieren (insbesondere von Hunden, Rindern und Pferden) haben dafür zu sorgen, dass diese weder den öffentlichen Raum, noch den privaten Grund verunreinigen. Verunreinigungen müssen sofort korrekt beseitigt werden.

³ Das Entweichen von Tieren, welche eine Gefahr darstellen, ist sofort der Polizei zu melden.

III. Schutz öffentlicher Sachen und des privaten Eigentums

Art. 12 Beeinträchtigung von öffentlichem und privatem Eigentum

¹ Es ist verboten, öffentliches oder privates Eigentum zu verunreinigen, zu beschädigen, oder sonst wie zu beeinträchtigen.

² Insbesondere ist es verboten, Gebäude, Anlagen, Brunnen, Bänke, Denkmäler, Geländer, Einzäunungen, Absperrungen, Hinweistafeln, Plakatständer, Signalisationen, Einrichtungen usw. zu verändern, zu besprühen, zu bekleben, zu beschädigen oder zu entfernen.

³ Laub, Schnee und Eis dürfen nicht auf öffentlichem Grund deponiert werden.

Art. 13 Pflanzen

¹ Bäume, Hecken, Gebüsche und andere Bepflanzungen, welche die Verkehrssicherheit, die Sicht auf Beschilderungen, die öffentliche Beleuchtung, den Zugang zu Hydranten oder die Schneeräumung beeinträchtigen, sind entsprechend zurückzuschneiden oder zu entfernen.

² Der Eigentümer ist für das Zurückschneiden von Pflanzen und Bäumen verantwortlich.

³ Es ist verboten, Grundstücke mit invasiven Neophyten verunkrauten zu lassen.

⁴ Es ist verboten, Grundstücke verunkrauten zu lassen, wenn dadurch Nachbargrundstücke beeinträchtigt werden.

Art. 14 Benützung öffentlichen Grundes und der übrigen öffentlichen Sachen

¹ Die bestimmungsgemässe und gemeinverträgliche Benützung des öffentlichen Grundes und der übrigen öffentlichen Sachen steht grundsätzlich jeder Person unentgeltlich offen.

² Die nicht bestimmungsgemässe oder über den Gemeingebrauch hinausgehende Benützung des öffentlichen Grundes, insbesondere zu gewerblichen, baulichen, privaten, gemeinnützigen, religiösen oder politischen Zwecken ist in jedem Fall bewilligungspflichtig und kann mit einer Gebühr belegt werden.

³ Dies gilt insbesondere für:

- a) Die Durchführung von Kundgebungen, Umzügen, Festanlässen, Schaustellungen;
- b) Das Aufstellen von mobilen Informations- und Werbeeinrichtungen;
- c) Das Anbieten von Waren und Dienstleistungen;
- d) Das Verteilen von Flugblättern, Programmen, Reklamezetteln und dergleichen mit kommerziellem Zweck;
- e) Das Anwerben für Dienstleistungen von oder den Beitritt zu ideellen Organisationen;
- f) Aufführen von Darbietungen aller Art (Strassenmusik);
- g) Aufstellen von Mulden und Bauinstallationen;
- h) Strassensperrungen.

⁴ Fahrzeuge, Anhänger und dergleichen dürfen ohne Bewilligung nicht länger als 72 Stunden ununterbrochen auf öffentlichem Grund stehen gelassen werden. Signalisierte Parkzeitbeschränkungen bleiben vorbehalten. Das Parkieren auf öffentlichem Grund kann mit einer Gebühr belegt werden.

⁵ Das Abstellen von Fahrzeugen auf öffentlichen Strassen und Plätzen ohne Kontrollschilder ist verboten.

⁶ Der Gemeinderat kann für das regelmässige Parkieren von Fahrzeugen auf öffentlichen Strassen und Plätzen eine separate Verordnung erlassen (Nachtparkierverordnung).

Art. 15 Überwachung des öffentlichen Grundes

¹ Die örtlich begrenzte Überwachung mit technischen Geräten, welche die Personenidentifikation zulassen, kann bewilligt werden, wenn der Einsatz solcher Geräte zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung geeignet, erforderlich und verhältnismässig ist.

² Die Öffentlichkeit muss mit geeigneten Mitteln auf diesen Einsatz aufmerksam gemacht werden.

³ Für die Umsetzung hat der Gemeinderat ein Vollzugsreglement zu erlassen.

Art. 16 Anzeigen, Plakate, Transparente und dergleichen

¹ Das Anbringen von Plakatierungen und dergleichen auf bzw. an öffentlichem Eigentum ist bewilligungspflichtig.

² Plakatierungen und dergleichen an oder auf privatem Eigentum, welche Dritte erheblich stören, das Dorfbild beeinträchtigen oder die Verkehrssicherheit gefährden, sind bewilligungspflichtig.

³ Strassenreklamen sind bewilligungspflichtig.

⁴ Der Gemeinderat kann ergänzende Vorschriften über den Plakataushang erlassen und das Recht auf öffentlichem Grund Plakate anzuschlagen, durch Vertrag an Private gegen Entschädigung übertragen.

Art. 17 Campieren und Nächtigen im Freien

¹ Das Campieren in Zelten, Wohnwagen und dergleichen sowie das Nächtigen im Freien auf öffentlichem Grund ausserhalb besonders bezeichneter oder hierfür eingerichteter Plätze ist verboten.

² Bei Zuwiderhandlung kann die sofortige Wegweisung verfügt werden.

³ In begründeten Fällen können Ausnahmen bewilligt werden.

Art. 18 Arbeiten an Fahrzeugen und Geräten

Unterhalts-, Reinigungs- und Reparaturarbeiten an Fahrzeugen und Geräten, ausgenommen Notreparaturen, sind auf öffentlichem Grund verboten.

Art. 19 Feuern auf öffentlichem Grund

Das Feuern auf öffentlichem Grund ist nur an den dafür vorgesehenen Plätzen erlaubt.

Art. 20 Schutz des Kulturlandes

Das unberechtigte Fahren und Reiten über Kulturland sowie das unberechtigte Begehen während der Vegetationszeit von 15. März bis 15. November sind verboten.

IV. Immissionsschutz

Art. 21 Immissionen

Vermeidbare, gesundheitsschädigende oder erheblich störende Einwirkungen namentlich durch Lärm, Erschütterungen, Staub, Russ, Rauch, Geruch, Abgase, Licht usw. sind verboten. Die Beurteilung und das Einschreiten bei Immissionen erfolgt nach den massgebenden Bestimmungen.

Art. 22 Verunreinigung des öffentlichen Grundes

¹ Es ist verboten, den öffentlichen Grund zu verunreinigen.

² Kleinabfälle dürfen ausserhalb der dafür bestimmten Abfallbehälter weder zurückgelassen, weggeworfen noch abgelagert werden.

³ Spucken, Urinieren und Verrichten der Notdurft auf öffentlichem oder auf öffentlich zugänglichem Grund im Siedlungsgebiet ist verboten.

Art. 23 Abfallentsorgung

¹ Es ist verboten, Hauskehricht in öffentlichen Abfallbehälter zu entsorgen oder auf dem öffentlichen Grund oder bei öffentlichen Sammelstellen liegen zu lassen bzw. abzulagern.

² Das Einsammeln von bereitgestelltem Gut, namentlich Alteisen, Altpapier, Karton, Alttextilien usw. ist ohne Bewilligung verboten.

³ Die Benützung von Abfallsammelstellen ist für Personen, welche nicht in der Gemeinde wohnen, verboten.

⁴ Das Entwenden von Abfallkomponenten aus den Abfallsammelstellen ist verboten.

Art. 24 Feuern im Freien

Das Verbrennen von Abfällen im Freien ist grundsätzlich verboten. Eine Ausnahme bilden einzig trockene, natürliche Abfälle aus Wald, Feld und Garten, sofern dabei nur wenig Rauch entsteht. Solche Feuer sind jedoch nur in den Monaten März bis Oktober zugelassen.

V. Lärmschutz

Art. 25 Mittags-/Nachtruhe

¹ Die Mittagsruhe dauert von 12.00 bis 13.00 Uhr, die Nachtruhe von 22.00 bis 07.00 Uhr.

² Jede lärmverursachende Handlung im Freien, in Zelten und Fahrnisbauten ist während der Mittags- und Nachtruhe verboten. Lärm im Innern von Gebäuden darf Dritte nicht belästigen.

³ Es können Ausnahmen bewilligt werden.

⁴ Gehen die Nachtruhestörungen von Verpflegungs- oder Vergnügungsstätten aus, kann die Polizei den Betrieb für die betreffende Nacht schliessen.

⁵ Das Glockengeläut der Schule kann von der festgelegten Nachtruhe abweichen.

⁶ Von der Nachtruhe ausgenommen sind Schneeräumungsarbeiten.

Art. 26 Allgemeine Ruhezeiten

¹ Lärmige Arbeiten (Industrie, Gewerbe, Baustellen, Haus- und Gartenarbeiten sowie das Benützen der Altstoffsammelstellen) und lärmige Sportarten und –spiele sind werktags von 12.00 bis 13.00 Uhr und von 20.00 bis 07.00 Uhr, samstags von 12.00 bis 13.00 Uhr und ab 18.00 Uhr sowie an Sonn- und allgemeinen Feiertagen verboten.

² Es können Ausnahmen bewilligt werden.

Art. 27 Lautsprecher, Verstärkeranlagen

¹ Die Verwendung von Lautsprechern, Megafonen und Verstärkeranlagen im Freien, in Zelten und in anderen Fahrnisbauten bedarf einer Bewilligung.

² Das Singen, Musizieren oder der Gebrauch von Tonwiedergabegeräten, Lautsprechern, Verstärkeranlagen und ähnlichen Geräten hat auch im Innern von Häusern zu jeder Tages- und Nachtzeit so zu erfolgen, dass niemand in unzumutbarer Weise gestört wird.

Art. 28 Motorsport, Motorspielzeuge, Drohnen

¹ Motorsportveranstaltungen und Trainingsfahrten auf öffentlichem und privatem Grund bedürfen einer Bewilligung.

² Modellfahrzeuge und Modellflugzeuge müssen mit wirksamen Schalldämpfern ausgerüstet sein. Sie dürfen nur ausserhalb bewohnter Gebiete betrieben werden. Für den regelmässigen Betrieb ist eine Bewilligung erforderlich.

³ Für den Einsatz von Drohnen und anderen Flugmodellen sind die Bestimmungen des Bundes zu beachten.

Art. 29 Veranstaltungen im Freien

Veranstaltungen im Freien, welche über 22.00 Uhr hinaus Lärm verursachen, sind bewilligungspflichtig.

Art. 30 Feuerwerk, Himmellaternen, künstliche Lichtquellen

¹ Das Abbrennen von lärmendem Feuerwerk ist nur in der Nacht vom 1. August auf den 2. August und in der Nacht vom 31. Dezember auf den 1. Januar ohne Bewilligung gestattet.

² Personen, Tiere oder Sachen dürfen dabei nicht gefährdet werden.

³ Aus Sicherheitsgründen können örtliche und zeitliche Einschränkungen erlassen werden.

⁴ Das Steigenlassen von Himmellaternen ist verboten.

⁵ Die Verwendung von künstlichen, himmelwärts gerichteten Lichtquellen ist verboten.

⁶ Es können Ausnahmen bewilligt werden.

Art. 31 Landwirtschaft

Landwirtschaftliche Arbeiten sind auch während der Ruhezeiten erlaubt, sofern diese zwingend notwendig sind.

VI. Wirtschafts- und Gewerbepolizei

Art. 32 Schliessungsstunde

¹ Die Schliessungsstunde in Gastwirtschaften richtet sich nach dem kantonalen Gastgewerbegesetz.

² Die Schliessungsstunde ist aufgehoben (Freinacht) am Silvester sowie am Bundesfeiertag.

³ Die dauernde Aufhebung der Schliessungsstunde bedarf einer Bewilligung.

⁴ Für öffentliche Veranstaltungen oder besondere Anlässe können Ausnahmbewilligungen erteilt werden.

Art. 33 Jugendschutz

¹ Jugendlichen unter 16 Jahren ist es untersagt, im öffentlichen Raum sowie in öffentlichen Gebäuden Alkohol und Tabak zu konsumieren.

² Jugendlichen unter 18 Jahren ist es untersagt, im öffentlichen Raum sowie in öffentlichen Gebäuden gebranntes Wasser zu konsumieren.

³ Vom Verbot gemäss Abs. 1 und 2 ausgenommen ist der Konsum unter Aufsicht der Inhaber der elterlichen Sorge.

Art. 34 Sammlungen und Betteln

¹ Geld und Naturalgabensammlungen auf öffentlichem Grund sowie von Haus zu Haus bedürfen einer Bewilligung.

² Das Betteln ist verboten.

VII. Einwohnerkontrolle und Meldewesen

Art. 35 Meldewesen

Bezüglich Meldepflicht, Meldefrist, Auskunftspflicht und Schriften hinterlegung bei Niederlassung und Aufenthalt gelten die unter dem entsprechenden Titel aufgeführten Bestimmungen des kantonalen Gesetzes über das Meldewesen und die Einwohnerregister (MERG). Für Ausländer gelten zudem die ergänzenden Vorschriften. Wer diesen Pflichten trotz Mahnung nicht nachkommt, kann mit Ordnungsbusse bestraft werden.

VIII. Ersatzvornahme, Strafbestimmungen und Depositen

Art. 36 Verwaltungszwang, Ersatzvornahme, Strafe

¹ Rechtswidrige Zustände können auf Kosten und Gefahr des Fehlbaren beseitigt bzw. Instandgestellt werden. Ausser in dringlichen Fällen ist diesem zunächst Gelegenheit zu geben, die Störung selber zu beseitigen.

² Anwendung von Verwaltungszwang, Ersatzvornahme und Strafe sind unabhängig voneinander zulässig.

Art. 37 Strafbestimmungen und Depositen

¹ Verletzungen der Bestimmungen dieser Verordnung sowie kommunaler Erlasse, die sich auf diese Verordnung stützen, werden bestraft. Sie können im ordnungsbussenverfahren behandelt werden. Der Gemeinderat bezeichnet die einzelnen Übertretungen und bestimmt den Bussenbetrag. In leichten Fällen kann anstelle der Busse ein Verweis erteilt werden. Das ordentliche Verfahren bleibt vorbehalten.

² Die Ordnungsbussen dürfen CHF 50 nicht unterschreiten und CHF 500 nicht überschreiten. Werden durch eine Person gleichzeitig mehrere Bestimmungen dieser Verordnung missachtet, kann eine Busse von maximal CHF 500 ausgefällt werden.

³ Die Polizeiorgane sind ermächtigt, Depositen für Bussen und Kosten zu verlangen und entgegen zu nehmen. Die Festsetzung der definitiven Bussen und Kosten durch das zuständige Organ bleibt in jedem Fall vorbehalten.

Art. 38 Bewilligungen

¹ Sofern gemäss dieser Verordnung eine Bewilligung erforderlich ist, muss das schriftliche und begründete Gesuch mindestens einen Monat im Voraus dem Gemeinderat eingereicht werden.

² Eine Bewilligung wird durch den Gemeinderat erteilt, sofern die erforderlichen persönlichen und sachlichen Voraussetzungen erfüllt sind und keine überwiegenden öffentlichen oder privaten Interessen entgegenstehen.

³ Bewilligungen können an Bedingungen geknüpft und mit Auflagen versehen werden.

⁴ Entfällt nachträglich eine der Voraussetzungen für die Bewilligungserteilung oder werden an die Bewilligung geknüpfte Bedingungen und Auflagen nicht eingehalten, kann die Bewilligung sofort und entschädigungslos entzogen werden.

⁵ Bewilligungen nach dieser Verordnung sind persönlich und dürfen nur mit Zustimmung der Bewilligungsinstanz auf andere Personen übertragen werden.

⁶ Das Bewilligungsverfahren sowie der Rechtsschutz richten sich nach den allgemeinen Grundsätzen des Verwaltungsrechtspflegegesetzes des Kantons Zürich.

Art. 39 Gebühren und Kosten

¹ Für polizeiliche Massnahmen und Bewilligungen werden Gebühren erhoben.

² Der Gemeinderat erlässt einen entsprechenden Gebührentarif.

IX. Schlussbestimmungen

Art. 40 Aufhebung bisherigen Rechts

Auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Polizeiverordnung wird die Polizeiverordnung der Politischen Gemeinde Adlikon vom 26. Januar 2000 mit den seitherigen Änderungen aufgehoben.

Art. 41 Inkrafttreten

¹ Diese Verordnung tritt nach ihrer Annahme durch die Gemeindeversammlung in Kraft. Der Gemeinderat bestimmt das Datum der Inkraftsetzung.

² Der Gemeinderat wird gestützt auf diese Verordnung ein Reglement über das gemeinderechtliche Ordnungsbussenverfahren mit zugehöriger Bussenliste erlassen. Dieses Reglement samt Bussenliste wird gleichzeitig mit dieser Verordnung in Kraft gesetzt.

³ Vom Gemeinderat Adlikon mit Gemeinderatsbeschluss Nr. x vom 8. Januar 2018 in Kraft gesetzt.

Für die Politische Gemeinde Adlikon

Der Präsident: Der Schreiber:

Peter Läderach Stefan Mettler



Reglement über das gemeinderechtliche Ordnungsbussonverfahren mit zugehöriger Bus-
senliste

der Politischen Gemeinde Adlikon

vom 8. Januar 2018

systematische Rechts-Sammlung Nr. 30.03.00

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	I
1. Rechtliche Grundlagen.....	2
2. Allgemeine Bestimmungen.....	2
3. Anwendung.....	2
4. Zuständigkeit.....	2
5. Vorgehen.....	2
6. Ausschluss.....	3
7. Bussenhöhe, Kosten.....	3
8. Inkrafttreten.....	3
Anhang I.....	4
Bussenliste.....	4

1. Rechtliche Grundlagen

Gestützt auf:

- § 3 Abs. 2 des Polizeiorganisationsgesetzes vom 29. November 2004
- § 175 in Verbindung mit den §§ 171-174 des Gesetzes über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess (GOG) vom 10. Mai 2010
- Artikel 10 Ziffer 2 der Gemeindeordnung der Politischen Gemeinde Adlikon vom 24. September 2006
- Artikel 37 Abs. 1 der Polizeiverordnung der Politischen Gemeinde Adlikon vom 21. November 2017

erlässt der Gemeinderat das folgende Reglement über das gemeinderechtliche Ordnungsbussenverfahren samt zugehöriger Bussenliste:

2. Allgemeine Bestimmungen

Übertretungen der Polizeiverordnung der Politischen Gemeinde Adlikon werden nach der eidgenössischen Strafprozessordnung (StPO) und nach dem kantonalen Gesetz über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess (GOG) geahndet.

Solche Übertretungen können auch gestützt auf § 175 des Gesetzes über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess (GOG) vom 10. Mai 2010 in einem vereinfachten Verfahren mit Ordnungsbussen bis zu dem in § 171 GOG festgelegten Maximum von CHF 500 geahndet werden.

3. Anwendung

Der Gemeinderat bezeichnet die Übertretungen, bei denen das Ordnungsbussenverfahren zur Anwendung gelangt und bestimmt den Bussenbetrag gemäss Bussenliste im Anhang I dieses Reglements.

4. Zuständigkeit

Zur Erhebung der Ordnungsbussen sind folgende Organe ermächtigt:

- a) der Gemeinderat
- b) die Angehörigen der Kantonspolizei
- c) weitere vom Gemeinderat bezeichneten Polizeiorgane oder Sicherheitsdienste
- d) der Leiter der Einwohnerkontrolle im Bereich des Meldewesens.

Die Befugnis zur Erhebung von Ordnungsbussen steht diesen Personen zu, wenn sie die Übertretung selber wahrgenommen haben.

5. Vorgehen

- Die Ordnungsbussen können an Ort und Stelle oder durch schriftliche Übertretungsanzeige mit Einzahlungsschein erhoben werden.
- Die vor Ort gebüsste Person kann die Busse sofort gegen Quittung, die den Namen nicht nennt, oder innert einer Frist von 30 Tagen bezahlen.
- Erfüllt eine Person durch eine oder mehrere Widerhandlungen mehrerer Ordnungsbussentatbestände, so kann eine Ordnungsbusse von maximal CHF 500 erhoben werden.
- Die zuständigen Organe sind verpflichtet, der gebüssten Person mitzuteilen, dass sie das Ordnungsbussenverfahren ablehnen kann.
- Die Busse wird mit der Bezahlung rechtskräftig.
- Wird die Busse nicht oder nicht vollständig bezahlt oder lehnt die fehlbare Person das Ordnungsbussenverfahren ab, so wird das ordentliche Strafverfahren eingeleitet.

- Eine Ordnungsbusse kann auch im ordentlichen Strafverfahren durch das Statthalteramt ausgestellt werden.

6. Ausschluss

Das Ordnungsbussenverfahren ist ausgeschlossen, wenn

- a) eine Übertretung mit einer Widerhandlung zusammentrifft, die nicht durch eine Ordnungsbusse geahndet werden kann,
- b) die fehlbare Person das 15. Altersjahr noch nicht vollendet hat
- c) sich aufgrund der konkreten Umstände, namentliche bei wiederholter Übertretung des gleichen Tatbestandes, eine strengere Bestrafung rechtfertigt.

7. Bussenhöhe, Kosten

Übertretungen des Gemeinderechts dürfen mit Ordnungsbussen bis höchstens CHF 500 gebüsst werden.

Im Ordnungsbussenverfahren werden keine weiteren Kosten erhoben.

Die gemeinderechtlichen Ordnungsbussen fallen der Politische Gemeinde Adlikon zu.

8. Inkrafttreten

Die Ordnungsbussenliste wurde durch den Statthalter Andelfingen auf ihre Rechts- und Zweckmässigkeit überprüft und genehmigt.

Dieses Reglement samt der dazugehörigen Bussenliste tritt zusammen mit der Polizeiverordnung vom 21. November 2017 in Kraft. Der Gemeinderat bestimmt das Datum der Inkraftsetzung.

Vom Gemeinderat Adlikon mit Beschluss Nr. x vom 8. Januar 2018 in Kraft gesetzt.

Für die Politische Gemeinde Adlikon

Der Präsident: Der Schreiber:

Peter Läderach Stefan Mettler

Anhang I

Bussenliste

Die Artikel beziehen sich auf die Polizeiverordnung der Gemeinde Adlikon vom 21. November 2017

I.	Allgemeine Bestimmungen	CHF
Art. 3	Nichtbefolgen polizeilicher Anordnungen und Weisungen	100
Art. 3	Nichtbekanntgabe oder Falschangabe der Personalien	100
Art. 3	Einmischen und Stören der polizeilichen Tätigkeit	150
II.	Schutz von Personen sowie der öffentlichen Sicherheit und Ordnung	
Art. 6	Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, Gefährdung der Sicherheit von Menschen, Umwelt und Eigentum	100
Art. 6	Belästigen, Erschrecken oder mutwilliges Gefährden von Personen und Tieren	100
Art. 7	Durchführung von Veranstaltungen auf Privatgrund, wenn eine erhebliche Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung vorliegt	100
Art. 8	Ungenügende Sicherung oder Signalisierung von Baustellen, Bodenöffnungen wie Gräben, Jauchegruben usw., Silos und Leitungen	100
Art. 9	Unberechtigtes Benützen von öffentlichen Rettungs- und Löschgeräten	100
Art. 9	Unterlassen der Meldung von benützten Rettungs- und Löschgeräten	100
Art. 9	Nicht Freihalten von Zugängen zu Rettungs- und Löscheinrichtungen	100
III.	Schutz öffentlicher Sachen und des privaten Eigentums	
Art. 12	Verunreinigung von öffentlichem Eigentum	100
Art. 13	Beeinträchtigung der Sicherheit und öffentlicher Sachen durch Pflanzeneinwuchs	200
Art. 13	Grundstücke verunkrauten lassen im allgemeinen und insbesondere durch invasive Neophyten	100
Art. 14	Über die Gemeinverträglichkeit hinausgehende Benützung des öffentlichen Grundes ohne Bewilligung	100
Art. 14	Stehenlassen von Fahrzeugen aller Art ohne Bewilligung länger als 72 Stunden auf öffentlichem Grund	150
Art. 16	Anbringen von Plakaten, Transparenten, Fahnen, Kleber, Inschriften usw. ohne Bewilligung	100
Art. 17	Campieren und Nächtigen im Freien, in Wohnwagen und dergleichen auf öffentlichem Grund ohne Bewilligung	150
Art. 18	Ausführen von Unterhalts-, Reinigungs- und Reparaturarbeiten an Fahrzeugen und Geräten auf öffentlichem Grund	100
Art. 19	Feuern auf öffentlichem Grund ausserhalb der dafür vorgesehenen Plätze und Einrichtungen	150
Art. 20	Unberechtigtes Betreten, Befahren oder Bereiten von Kulturland	100
IV.	Immissionsschutz	
Art. 21	Verunreinigung von öffentlichem Grund durch Kleinabfälle (Littering)	100
Art. 21	Verunreinigung von öffentlichem Grund durch Verrichtung der Notdurft	100
Art. 23	Entsorgung von Hauskehricht an nicht dafür vorgesehenen Stellen	100
Art. 23	Sammeln oder Entwenden von Altstoffen ohne Bewilligung	100
Art. 23	Die Benützung von Abfallsammelstellen durch Personen, welche nicht in der Gemeinde wohnen	100
V.	Lärmschutz	
Art. 25	Stören der Mittagsruhe zwischen 12.00 und 13.00 Uhr	100
Art. 25	Stören der Nachtruhe zwischen 22.00 und 07.00 Uhr	100

Art. 26	Verursachen von lärmigen Arbeiten während den allgemeinen Ruhezeiten werktags von 12.00 bis 13.00 Uhr und von 20.00 bis 07.00 Uhr, samstags von 12.00 bis 13.00 Uhr und ab 18.00 Uhr sowie an Sonn- und allgemeinen Feiertagen	100
Art. 27	Belästigung von Personen durch Singen, Musizieren und Gebrauch von Tonwiedergabegeräten, Lautsprechern und Verstärkeranlagen in unzumutbarer Weise	100
Art. 29	Durchführung einer bewilligungspflichtigen Veranstaltung im Freien, welche nach 22.00 Uhr Lärm verursachen ohne Bewilligung	100
Art. 30	Abbrennen von Feuerwerk und Steigenlassen von Himmelslaternen, Einsatz von künstlichen Lichtquellen ohne Bewilligung	100
VI.	Wirtschafts- und Gewerbebehörde	
Art. 34	Geld- und Naturalsammlungen auf öffentlichem Grund sowie von Haus zu Haus ohne Bewilligung	100
Art. 34	Betteln	50
VII.	Einwohnerkontrolle und Meldewesen	
Art. 35	Nicht hinterlegen der Ausweise über die Heimat- und Zivilstandsverhältnisse sowie über die auswärtige Niederlassung	100
Art. 35	Nicht erneuern oder Nichtverlängerung der zeitlich beschränkten Ausweise oder Nichtändern des Namens, des Bürgerrechts oder des Zivilstands innert 30 Tagen	50
Art. 35	Nichteinhalten der vorgeschriebenen Meldepflicht Dritter beim ein- und Auszug in der Familie bzw. im Haus	100